

Die Regierung hat dem Landtag als Ergänzung zum Bericht zur Landesrechnung 2008 eine aktualisierte Einnahmenschätzung vorgelegt. Dazu nehmen Exponenten aller drei im Landtag vertretenen Parteien Stellung.

Von Günther Fritz



## Günther Kranz (VU)

Vorsitzender der Finanzkommission

Gemäss aktualisierter Einnahmenschätzung dürften die Erträge in der Laufenden Rechnung 2009 um 60 Mio. Franken niedriger als budgetiert ausfallen. Gegenüber dem Höchststeuerehrjahr 2008 dürfte der Rückgang sogar die 100-Millionen-Grenze deutlich übersteigen. Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus diesem Ausblick 2009?

**Günther Kranz:** Ich ziehe den Schluss, dass umgehend eine strukturelle Bereinigung des Staatshaushaltes anzugehen ist. Der Finanzhaushalt ist auf wesentliche Kostentreiber zu untersuchen und daraus sind umgehend Massnahmen abzuleiten. Dies ist meines Erachtens ein dringliches Thema. Eine vermehrte Rückbesinnung auf die Kernaufgaben ist notwendig. Denn in sehr guten, ertragsprudelnden Jahren wie 2007 oder 2008 konnten aus der ordentlichen Staatstätigkeit «lediglich» 41,8 Mio. bzw.

«Eine vermehrte Rückbesinnung auf die Kernaufgaben ist notwendig»

49,7 Mio. Franken an Überschüssen erzielt werden. Die Kapitalerträge sind mittlerweile eingebrochen, die Aufwendungen von über 800 Mio. Franken sind dennoch zu finanzieren. Kleine wie grosse Sparmassnahmen sind umzusetzen, ansonsten sind unweigerlich die staatlichen Reserven in dreistelliger Millionenhöhe herunterzufahren. Unser Sozialstaat explodiert förmlich, das sehen wir am Staatsbeitrag an die Kosten der Obligatorischen Krankenpflegeversicherung von 57 Mio. Franken. Der Leistungskatalog in der Krankenversicherung ist genau zu überprüfen. Ebenso sind andere Bereiche ernsthaft zu hinterfragen. Es braucht eine Kehrtwendung. Leider liegen eben nicht die besten Jahre vor uns.

Der Einnahmenschwund liegt vor allem in der internationalen Finanzkrise und nationalen Finanzplatzkrise begründet. Welche Perspektiven sehen Sie für den Finanzplatz im Hinblick auf die Liechtenstein-Erklärung vom 12. März 2009, das Betrugsabkommen mit der EU und die geplanten bilateralen Abkommen?

**Günther Kranz:** Wir kennen hier im Land zwei Effekte, welche die Geschäftsentwicklung an unserem Finanzmarkt beeinflussen: Die internationale Wirtschaftskrise schlägt auch bei uns durch und aufgrund der ebenfalls hereingebrochenen Finanzplatzkrise ist seit Februar 2008 ein grösserer Abfluss von Kundengeldern festzustellen. Allein per Ende 2008 betrug dieser über 52 Milliarden Franken. Vonseiten der Politik sind nun die Rahmenbedingungen den veränderten Gegebenheiten anzupassen, während die Finanzmarktteilnehmer die Chancen, die sich durch diese neue Situation ergeben, erkennen und ergreifen müssen. Hoffnung sehe ich im Abschluss von DBA, um Mehrfachbelastungen von steuerlich grenzüberschreitenden Einkommen oder Vermögen zu vermeiden. Der angesagte Ruf des Landes ist durch gezielt ausgehandelte bilaterale Abkommen zu stärken und zu sichern.

Ein sehr hoher Anteil der Aufwandpositionen ist kurzfristig nicht beeinflussbar, weil sie gesetzlich oder vertraglich gebunden sind. Um den Staatshaushalt nachhaltig konsolidieren zu können, muss der Gesetzgeber wahrscheinlich unangenehme Entschiede treffen. Was erwarten Sie von der Juni-Debatte zur Landesrechnung 2008 und wie sehen Sie die diesbezügliche Rolle des Landtags in den kommenden Jahren?

**Günther Kranz:** Der Landtag wird sich in Anbetracht der mutmasslichen Rechnung 2009 sehr wohl bewusst sein, dass die Reise bzw. das Aufwandswachstum so nicht weitergehen kann. Die viel gepriesene Aufwandplafonierung des Aufgabewachstums wurde in den vergangenen Jahren nie erreicht. Wie ich bei der Verabschiedung des Budgets 2009 schon ausgeführt habe, sind Kompensation und Konsolidierung angesagt. Die Regierung hat in der mittelfristigen Finanzplanung Massnahmen aufzuzeigen, welche den Staatshaushalt nachhaltig entlasten. Das ist keine leichte Aufgabe, aber dennoch notwendig. Wünsche und Begehren müssen den finanzhaushälterischen Grundsätzen der Notwendigkeit, der Dringlichkeit und der Wirtschaftlichkeit weichen. Das muss die oberste Tugend und Messlatte für die Steuerung der Staatsfinanzen sein. Unweigerlich sind schmerzhaft Prozesse im gesamten Staatshaushalt einzuleiten. Regierung und Landtag stehen in der Pflicht. Überdies ist die geplante Steuerreform so gut wie möglich, haushaltneutral durchzuführen. Kurzfristig kann jedoch auf die gesamte Höhe der in der Vernehmlassung zur Steuerreform prognostizierten Ertragsausfälle von über 50 Mio. Franken nicht verzichtet werden!



## Johannes Kaiser (FBP)

Fraktionssprecher

**Johannes Kaiser:** Der ergänzende Bericht des Regierungschefs ist nicht so neu, wie er dargestellt wird; auch die früheren Regierungen haben die Aufwand- wie die Einnahmenseite des Staates in den Kontext eines grösseren Zeitbogens gestellt, um frühzeitig Entwicklungen zu erkennen. Man muss kein Prophet sein, um auf der Basis der jüngsten Zahlen, die die Finanzinstitute sowie die grossen Wirtschaftszweige in der derzeitigen Lage der akuten Finanz- und Wirtschaftskrise schreiben, feststellen zu können, dass sich die Einnahmen bis Ende Dezember 2009 nicht einstellen, wie sie von der Regierung in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Finanzen auf der Basis eben dieser Parameter (Banken-, Treuhand-, Industrie-Prognosen) evaluiert bzw. dargelegt wurden.

Die Schlussfolgerung? Für mich ist die Konsolidierung des Staatshaushaltes, das Aufzeigen der notwendigen Reformschritte sowie der sorgsame Umgang mit den Staatsfinanzen und künftigen finanziellen Neu-Verpflichtungen ein Muss. Zudem bin ich der Meinung, dass die Erschliessung neuer Ertragsquellen geprüft werden und das neue Steuerrecht möglichst rasch eingeführt werden sollte. In den umliegenden Staaten ist parallel dazu eine PR-Kampagne im Sinne von Standortmarketing betreffend diese finanziellen und wirtschaftlichen Steuerfaktoren, welche das neue Steuerrecht auszeichnen, vorzunehmen. Die rasche Einführung dieses neuen Steuerrechts ist gerade in der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise eine Riesenchance, die wir unverzüglich nutzen müssen. Damit schaffen wir neue Wachstumsperspektiven und mittelfristig werden dadurch auch Mehreinnahmen für den Staat erzielt.

**Johannes Kaiser:** Mit der Liechtenstein-Erklärung vom 12. März 2009 wird die Vorwärtsstrategie von Alt-Regierungschef Otmar Hasler konkretisiert und diese Strategie wird nun von Regierungschef Klaus Tschütscher im Sinne des Kontinuitätsprinzips weiter beschritten. Unter diesem Dach führt nun die Regierung einerseits bilaterale Verhandlungen, z. B. mit Grossbritannien und mit Deutschland sowie direkte Verhandlungen mit der EU. Aus Reputationsgründen erscheint es mir wichtig, dass uns möglichst rasch der Abschluss eines substanzialen Abkommens gelingt und dass wir von allfälligen ominösen Listen gestrichen werden. Bei der ganzen Abkommenspolitik sollte die Regierung jedoch auf einen Interessensausgleich der verschiedenen Anspruchsgruppen bedacht sein.

**Johannes Kaiser:** «Um den Pfad des bisherigen Ausgabenwachstums verlassen zu können, braucht es strukturelle Anpassungen, die Regierung und Landtag bzw. die Koalitionspartner VU und FBP nur gemeinsam bewerkstelligen

«Die Führungsverantwortung liegt bei der Regierung»

können», stellte Regierungschef Klaus Tschütscher kürzlich fest. Diese Feststellung ist nicht neu und war bereits in der vergangenen Koalitions-Regierung ein Ziel, wobei im Landtag die grossen Fraktionen bei konkreten Sparanträgen der damaligen Regierung nur selten Mehrheiten fanden. Die Führungsverantwortung liegt bei der Regierung. Sie muss dem Landtag aufzeigen, wo mittel- und langfristig die wirksamen Handlungsfelder liegen. Für mich ist jedenfalls wichtig, dass die grossen Sozialwerke, die zur Sicherheit und zum Wohlbefinden unserer Einwohnerinnen und Einwohner beitragen, seien es die Senioren, die Familien oder die Jugend, langfristig gefestigt und für unsere zukünftigen Generationen abgesichert werden.



## Pepo Frick (FL)

Abgeordneter

**Pepo Frick:** Der Handlungsbedarf ist hoch. Zusätzlich zur globalen Wirtschaftskrise kommt für Liechtenstein das Finanzplatzproblem dazu, infolgedessen das frühere Ertragsniveau nicht mehr erreicht wird. Der Finanzplatz liefert direkt (Kapital- und Ertragssteuer, Couponsteuer, Mehrwertsteuer) und indirekt (Vermögens- und Erwerbssteuer) einen wichtigen Beitrag zum Steueraufkommen. Dieser wird aus heutiger Sicht abnehmen. Das zwingt zur

«Das kann auch als Gesundheitschumpfung von den Exzessen der letzten Jahre gesehen werden»

Anpassung der Ausgaben. Dort kann nachhaltig aber nur etwas erreicht werden, wenn die grossen Ausgabenbrocken verändert werden: Staatspersonal, Alterssicherung, Gesundheitswesen, Bildung.

Ich bin optimistisch. Die momentane Entwicklung kann auch als Gesundheitschumpfung von den Exzessen der letzten Jahre gesehen werden. Einfach auf bessere Zeiten zu hoffen, ist fatal. Endgültig vorbei sind die «Schönwetter-Budgets» der grossen Koalition.

**Pepo Frick:** Die Perspektiven für den Finanzplatz – die wohl schwierigste Frage im derzeitigen Umfeld. Vieles wird von den anstehenden Verhandlungen abhängen. Ich vertraue darauf, dass ein ethisch verantwortbarer Finanzplatz Liechtenstein dank seiner Dienstleistungsqualität und Innovationskraft eine führende Position behält und sich Industrie und Gewerbe mit der Marke «Made in Liechtenstein» auch weiterhin auf dem Markt behaupten. Die geplante Steuergesetzreform sollte zur weiteren Attraktivität des Wirtschaftsstandortes einen Beitrag leisten können. Persönlich hoffe ich sehr, dass die neue Strategie, «Euch eure Steuern, uns unsere Kunden» aufgeht und der Vertrauensverlust der lange unbedacht propagierten «Steueroase Liechtenstein» sich in Grenzen hält.

**Pepo Frick:** Bei gut 80 Prozent des Staatshaushalts besteht unter den heutigen gesetzlichen Bestimmungen kaum Handlungsspielraum. Tastet man diese Bereiche an, ist dies natürlich politischer Sprengstoff. Ich bin gespannt, wie staatstragend die grosse Koalition diese Themen angeht. Wir haben rund 1,4 Milliarden Polster. Die entsprechenden Gegenmassnahmen müssen rasch gesetzt werden. Aber eben: Wenn das nicht politisch klug angestellt wird, dann geht es wie bei den Massnahmen, die in den letzten Jahren im Rahmen der Finanzplanung aufgezeigt wurden – sie fallen schnell wieder aus der politischen Diskussion oder werden parteipolitisch zwischen den beiden «staatstragenden» Grossparteien zerhackt. Nur damals hatten wir das Glück, dass sich die Einnahmesituation schnell wieder erholt hat. Damit können wir dieses Mal aus heutiger Sicht nicht rechnen. Die Freie Liste steht Veränderungen konstruktiv gegenüber, wird aber ein Auge darauf haben, dass Anpassungen nicht auf dem Buckel der sozial Schwächeren ausgegossen werden, sondern im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungskraft. Gleichzeitig wird der Landtag eine aktivere Rolle einnehmen müssen, das heisst, die Finanzkommission muss früher in die Finanzplanung und den Budgetprozess involviert sein, um den medialen Versprechungen der Regierung Nachdruck zu verleihen.